10. Februar 1925.
nzeige.
e Mutter, Schwieger-
, geb. Rieder,
on nahezu 78 Jahren
in dem Herrn ent-
Hinterbliebenen.
h nachm. 3 Uhr statt.

ürg.
remdenverkehrs
d Mitglieder des Verschöne-
esprechung
r in das Gasthaus zum
Kommission.
ürg.
ale
Waren
Art
ligen Preisen, besonders ein
P. 7.50 Mark, Kon-
Mark an.
ratur-Arbeiten werden
Schuhmachermeister,
achfolger.
rks nimmt zu Ostern einen
Mann
Lehre auf.
stelle ds. Blattes erbeten
muß inserieren.
t
cht gestattet.
alw
nabenkleidung.
eaters.

Bezugspreis: Halbmonatl. in Neuenbürg 75 Goldpfg. Durch die Post im Orts- u. Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. 75 G.-Pf. m. Postbestellgeb. Preise freibleib., Nacherhebung vorbehalten. Preis einer Nummer 10 Goldpfg.

In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.

Gira-Konto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einsp. Petitzeile oder deren Raum im Bezirk 15, außerh. 20 Goldpfg., Rekl.-Zeile 50 Goldpfg. m. Inf.-Steuer. Kollekt.-Anzeigen 100v. Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 Goldpfg. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Fernsprecher Nr. 4. Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 34. Mittwoch, den 11. Februar 1925. **83. Jahrgang.**

Deutschland.

Stuttgart, 10. Febr. Die Länder haben über die Vollstreckung von Freiheitsstrafen folgende Vereinbarung getroffen: Freiheitsstrafen, die mehr als sechs Wochen betragen, aber die Dauer von drei Monaten nicht übersteigen, werden auf Ersuchen der zuständigen Strafvollstreckungsbehörde in dem Lande vollstreckt, in dem sich der Verurteilte dauernd oder vorübergehend aufhält. Die Kosten der Strafvollstreckung werden von der ersuchenden Behörde der ersuchten Behörde erstattet. Die Vereinbarungen des Abs. 1 gelten entsprechend für Restfreiheitsstrafen, die die Dauer von drei Monaten nicht übersteigen.

Stuttgart, 10. Febr. Die Reichsregierung hat dem Reichsrat den Entwurf eines Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuches vorgelegt. Der Entwurf ist auf Anordnung des Reichsjustizministeriums veröffentlicht worden. Die amtliche Begründung zu dem Entwurf liegt noch nicht vor, wird aber voraussichtlich im März gleichfalls veröffentlicht werden. Von Einholen gutächtlicher Aeußerung über den Entwurf glaubt das württ. Justizministerium absehen zu sollen. Dagegen wäre es ihm erwünscht, wenn ihm aus den Kreisen der Justizbeamten und der Rechtsanwälte Anregungen und Vorschläge zu einer etwaigen Verbesserung des Entwurfs zugehen würden. Als Endtermin für diese Aeußerungen ist vorläufig der 1. Juni 1925 in Aussicht genommen.

Berlin, 10. Febr. Unter der Ueberschrift „Hinter den Kulissen des Magdeburger Prozesses" teilt das „Tageblatt" in sensationeller Form mit, daß bei einem bereits mit Zuchthaus vorbestraften Manne namens Isidor Kreil aus Kallmünz in Bayern, der wegen Paßfälschung von der badischen Grenzpolizei an der schweizerischen Grenze verhaftet worden sei, Dokumente gefunden worden seien, die im Zusammenhang mit dem Magdeburger Prozeß ständen. Das Blatt veröffentlicht die Dokumente im Wortlaut. Es handelt sich um Briefe eines gewissen R. Thurn in Augsburg an Kreil, in denen derselbe aufgefordert wird, eine Erklärung zu unterzeichnen, worin er sich bereit erklärt, eine Reihe von landesverräterischen Verdächtigungen gegen die sozialdemokratische Partei und den Reichstagsabgeordneten Ebert vor einem Gericht eidlich zu erhärten.

Berlin, 10. Febr. Das Finanzamt hat gegen den Reichspostminister a. D. Höfle und den Abgeordneten Lange-Hegermann auch das Verfahren wegen Steuerhinterziehung eingeleitet. Es heißt, daß auch gegen den Berliner Polizeipräsidenten Richter ein Ermittlungsverfahren nach § 331 des R.St.G.B. schwebt, weil er von den Barmats ein zinsloses Darleben von 5000 Mark angenommen hatte, das er erst nach der Verhaftung der Barmats zurückzahlte. Als Herr Richter die 5000 Mark annahm, lagen gegen die Barmats bereits zahlreiche Betrugsanzeigen bei der Kriminalpolizei vor.

Berlin, 10. Febr. Reichskanzler Dr. Luther wandte sich in seiner Rede in Köln gegen den Versuch der Alliierten, die Räumung der Kölner Zone mit Gesichtspunkten zu verknüpfen, die nicht auf vertraglicher Grundlage beruhten. — Im Gegensatz zu der Auffassung des Kanzlers ist der französische Ministerpräsident Herriot gewillt, sowohl die Frage der Schuldenzahlung an England, wie die der Räumungsfristen von dem Zustandekommen eines Sicherheitspaktes abhängig zu machen.

Der griechische Handelsvertrag.

Eine Erwiderung.

Zu der Frage der Stellungnahme der württembergischen Regierung mit ihrer Haltung zum griechischen Handelsabkommen hat „die zuständige Stelle" sich nach der Richtung hin geäußert, daß das Arbeitsministerium erst am 26. August 1924 Kenntnis über das vorläufige Handelsabkommen erhalten habe, das am 3. Juli abgeschlossen worden sei. Am 2. Oktober erst habe der Württembergische Industrie- und Handelstag dem Arbeitsministerium mitgeteilt, daß keine Abänderungsvorschläge zu machen seien.

Hierzu habe ich meinerseits festzustellen, daß: 1. die Handelskammern, bezw. der Württ. Industrie- und Handelstag deswegen keine Vorschläge gemacht haben, weil es ihnen nach allgemeinen Erfahrungen wertlos erschien, im Oktober Vorschläge zu einem Wirtschaftsabkommen zu machen, das im Juli abgeschlossen wurde. 2. Meine Bemängelung richtete sich vor allem auch dagegen, daß nicht rechtzeitig vor dem 3. Juli die beteiligten Wirtschaftskreise über die erforderlichen Unterlagen gehört wurden. Derartiges Material in irgend einer Form rechtzeitig zu beschaffen, ist eine der wichtigsten Aufgaben der württembergischen Gesandtschaft in Berlin, von der ich allerdings eine verstärkte Vertretung wirtschaftlicher Interessen aufs dringendste verlangt habe. 3. Die „zuständige Stelle" scheint mir auch außerordentlich empfindlich zu sein, da sie jeden sachlich vorgetragenen Wunsch als Beweismittel dafür ansieht, mit welchen Mitteln gegen den Staatspräsidenten gearbeitet werde. — Für mich handelt es sich dabei lediglich um die Förderung wichtiger Interessen eines Teiles der heimischen Wirtschaft, die nicht weniger als zirka 25 000 Arbeitnehmer beschäftigt.

Fritz Mauthe, M. d. L.

Zum französischen Waldraub im besetzten Gebiet.

Aus der unseligen Zeit der Ruhrbesetzung erinnert man sich auch noch der großen Waldräubereien der Franzosen in preußischen, hessischen und pfälzischen Wäldern, sowie der umfangreichen Beschlagnahme und Abführung großer Holzbestände auf Sägewerken und Holzlagerplätzen. Da die Regierungen es während der ganzen Zeit der Besetzung ablehnen mußten, mit den Franzosen zu verhandeln, trat die betroffene Industrie zum Teil auf direkten Zwang der Feinde in Verhandlungen mit diesen ein, die schließlich zu einem Abkommen führten. In einem Berliner Holzblatt „Der Holzmarkt" erschienen nun eine Reihe von Artikeln, in denen der größte deutsche Holzindustrielle, Dr. Hermann Himmelsbach-Freiburg i. Br. beschuldigt wurde, diese Verträge aus Eigennutz und Profitgier mit dem Gegner abgeschlossen und den deutschen Wald zum Nachteil der Eigentümer, der betr. Länderregierungen, schwer geschädigt zu haben. Wegen dieser Artikel erhob der Beleidigte Klage gegen den Redakteur des genannten Holzfachblattes, Otto Fornbach in Berlin, die am 5. ds. Mts. vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte zur Verhandlung stand. Seitens des Klägers wurde zum Beweis gestellt, 1. daß Dr. Himmelsbach die Verträge mit den Franzosen unter Zwang abgeschlossen hat, 2. daß ohne den Abschluß der Verträge weitere schwere Schädigungen des deutschen Waldes eingetreten wären. Zum Beweis hierfür wurde eine Anzahl Zeugen vernommen, die seitens des Klägers genannt waren und einstimmig bekundeten, daß Dr. H. zu Verhandlungen erst zu bewegen war, als die Franzosen, besonders General Roux, mit weiteren schweren Maßnahmen drohten, daß Dr. H. bei den Verhandlungen stets das Interesse der Allgemeinheit in den Vordergrund stellte, daß er immer und immer wieder in Verhandlungen mit den Ministerien der Länder diese zur Beteiligung an dem Holzausbringungsgeschäft zu bewegen versuchte, namentlich zur Lieferung von Holz aus dem unbesetzten Gebiet, wodurch der Wald im besetzten Gebiet geschont worden wäre. Von Seiten des Angeklagten waren namentlich die Vertreter der Staatsforstverwaltungen derjenigen Länder, denen Holz geschlagen worden war, als Zeugen für die Wahrheit der beleidigenden Behauptungen des „Holzmarkts" aufgeboten. Diese Zeugen gaben alle zu, daß von Seiten des Dr. H. öfter an sie herangetreten worden war, und zwar vor und nach Abschluß der Verträge, zwecks Miteintritts in diese Verträge, daß es ihnen aber im Hinblick auf die politische Lage unmöglich war, darauf einzugehen, hauptsächlich weil dann die Gefahr weiterer französischer Repressalien und einer Schraube ohne Ende sich ergeben hätte. Daß die betroffenen deutschen Staatsforstverwaltungen den Verlust großer und schöner Schläge sehr empfinden, kam natürlich ebenfalls zum Ausdruck. Daß die Franzosen aber ohne den Abschluß der Lieferungsverträge jedenfalls noch weit schlimmer gehaust hätten und der Schaden für den deutschen Wald dadurch noch viel größer geworden wäre, konnte nicht absolut verneint werden. Nach elfstündiger Verhandlung wurde zwecks Ladung weiterer Zeugen ein Vertagungsantrag angenommen.

Der „Vorwärts" im Rückzug.

Berlin, 9. Febr. Die Reichsregierung veröffentlicht eine längere amtliche Darstellung, worin die Haltung der sozialdemokratischen Minister bei der Bewilligung der Entschädigung für die Ruhrindustrie festgenagelt wird. Es kann darnach kein Zweifel mehr darüber sein, daß die sozialdemokratischen Minister ihre grundsätzliche Entscheidung über diese Frage gebilligt haben und das ist schließlich das Entscheidende. Im einzelnen wird folgendes festgestellt: Von Reichsstellen ist niemals versucht worden, die am 3. November 1923 ausgeschiedenen sozialdemokratischen Reichsminister für die im Jahre 1924 erfolgte Auszahlung der Entschädigungen an die Ruhrindustriellen mitverantwortlich zu machen. Richtig ist nur, daß gegenüber unzutreffenden Darstellungen der Vorgänge im Oktober und November 1923 Richtigstellungen auf Grund der amtlichen Protokolle und Akten vorgenommen worden sind. Diese Richtigstellungen beziehen sich nicht auf die Auszahlung der Entschädigungen, sondern auf die Eingehung der Verpflichtungen der Reichsregierung gegenüber dem Ruhrbergbau aus Anlaß der Micumverträge, die im Oktober 1923 erfolgt ist. Die Verhandlungen zwischen Reichsregierung und Ruhrbergbau — Sonderkommission — waren durch das Schreiben des Herrn Hugo Stinnes vom 7. Oktober 1923 eingeleitet worden. Die amtliche Erwiderung auf die Erklärungen der früheren sozialdemokratischen Minister Schmidt und Sollmann legt dann im Einzelnen die damaligen Vorgänge sehr ausführlich dar und kommt zu dem Schluß: Die Form der Auszahlung ist für die Frage der Eingehung der Verpflichtung völlig unerheblich. Für die später erfolgte Auszahlung der Entschädigung kommt eine Verantwortung des damaligen Kabinetts der Großen Koalition selbstverständlich nicht in Frage. Dadurch wird aber nichts an der Tatsache geändert, daß auch die sozialdemokratischen Mitglieder des Reichskabinetts die Entschädigungsverpflichtung des Reiches gegenüber dem Ruhrbergbau anerkannt haben.

„Der „Vorwärts" zieht sich deshalb auch jetzt darauf zurück, daß man damals ein solches Ausmaß für Entschädigungen nicht habe vorsehen können und verbeißt sich auf das Normale, inwieweit die Regierung berechtigt war, die Verträge ohne Zustimmung des Reichstags auszuzahlen. Das ist etwas ganz anderes, denn alle Vorwürfe, die nach dieser Richtung erhoben werden können, treffen in erster Linie den Reichskanzler Marx, den die Sozialdemokraten am Dienstag zum Ministerpräsidenten in Preußen wählen wollen.

Ausland

Keine Schuldentilgung ohne Sicherheitspakt.

Es ist nunmehr als Tatsache anzusehen, daß die Kartellregierung Frankreichs die Regelung des Schuldenverhältnisses gegenüber England mit der Sicherheitsfrage oder, besser gesagt, mit dem Zustandekommen eines französisch-englischen Schutzpaktes verknüpft. Das Losungswort der maßgebenden politischen Männer Frankreichs ist, nur dann imstande zu sein, bindende Verpflichtungen über die Rückzahlung der Kriegsschulden an England zu übernehmen, wenn ihnen durch England ein Garantievertrag geboten wird. Weder Briand noch Poincaré haben zur Zeit ihrer Ministerpräsidentschaft so eindeutig gesprochen, wie es heute die führenden Kartellpolitiker tun. Was Herriots persönlichen Standpunkt betrifft, so besteht wohl kein Zweifel mehr, daß der französische Ministerpräsident den Zusammenhang zwischen der Regelung der Schuldenfrage und dem Garantiepakt geschaffen hat. Daraus ergibt sich weiterhin folgende Tatsache: die bevorstehenden französisch-englischen Konferenzen sind dazu bestimmt, nicht nur die Schuldenfrage auf dem Wege über einen Garantiepakt einer praktischen Lösung zuzuführen, sondern auch die Räumungsfristen von dem Zustandekommen eines Schutzpaktes abhängig zu machen. Herriots Politik bezüglich der Räumungsfristen war bisher unklar und widerspruchsvoll. Nach heute vorliegenden Informationen gewinnt sie insofern an Deutlichkeit, als der französische Ministerpräsident zwischen dem Nichtzustandekommen des Schutzvertrags und der Einhaltung der Räumungsfristen einen direkten Zusammenhang zu konstruieren sucht.

Keine Teilnahme Hollands an einem Sicherungspakt.

Amsterdam, 10. Febr. Der „Telegraaf" teilt in einem Artikel über die Sicherungsfrage mit, an zuständiger Stelle werde erklärt, daß für Holland nicht der geringste sachliche Grund vorliege, einem westeuropäischen Sicherungspakt beizutreten, um bessere Garantien für die Unverletzlichkeit seines asiatischen kolonialen Besitzes zu erlangen. Eine Beteiligung Hollands an einem derartigen Pakt komme in keinem Falle in Frage.

Sinowjew prophezeit einen russisch-polnischen Krieg.

Aus Riga wird gemeldet, daß Sinowjew in einer Rede der Meinung Ausdruck gegeben habe, daß ein neuer Krieg bevorstehe, der aller Voraussicht nach zwischen den Russen und Polen entfesselt, durch England organisiert und sich gegen die Kommunistische Internationale richten werde.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung

— Die Reichsbahndirektion hat den Eisenbahnoberinspektor Wagner in Stuttgart (Reichsbahndirektion), Sohn der Frau Wagner zur Krone, Neuenbürg, zum Eisenbahnoberinspektor befördert.

Neuenbürg, 10. Febr. Im Zeichensaal des Schulhauses sprach Montag abend auf Veranlassung des Bezirks-Obst- und Gartenbauvereins nach einleitenden Begrüßungsworten des Vorsitzenden, Stadtschultheiß Knodel Obstbauinspektor Hiller von der Württ. Landwirtschaftskammer vor einer nicht gerade übermäßig zahlreichen Zuhörerschaft über Schädlingsbekämpfung und Krankheiten, Düngung, Schnitt und Behandlung des Kern- und Beerenobstes. In einer halbstündigem gemeinverständlichen Vortrag verbreitete sich der Redner über dieses Thema. Einleitend bemerkte er, daß es Schädlinge und Krankheiten schon in frühesten Zeiten gab. Bei unserer hochentwickelten Obstbaumzucht sei es zu verstehen, daß wir eine große Menge unbekannter Krankheiten und Schädlinge als Dreingabe bekamen; auch die Verkehrsverhältnisse trugen zur Verschleppung von Krankheiten und Schädlingen bei. Die Schäden, welche dadurch angerichtet worden, seien nicht so gering, wie angenommen werde, sie gehen jährlich in die Millionen von Mark. Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet könne nur gemeinsame Bekämpfung dieser Schädlinge einen Erfolg haben. An Krankheiten führte der Redner u. a. die sog. Schorfkrankheit sowie die Regenflockenkrankheit an, die vorwiegend an Apfel- und Birnstämmen auftrete, weiterhin Pilze, die von Mitte Juni bis August die Blätter befallen und diese zugrunde richten. Ohne Blätter gebe es aber keine Pflanzenproduktion und keine Erträge. Die Pilze treten aber nicht nur an den Blättern auf, sie greifen auch auf die Blüten und Früchte über. Sie seien von außerordentlicher Widerstandskraft; sie gedeihen besonders bei feuchter Luft, in einer dichten Obstbaumanlage gedeihen sie besser als dort, wo Licht und Luft mehr Zutritt haben. Deshalb sei gutes Auslichten zu empfehlen. Chemische Bekämpfungsmittel dieser Pilze seien Kupfervitriol und Kalkbrühe und als neutrales Mittel Kalkmilch. Durch trag- und fahrbare Spritzen werde die Flüssigkeit den Bäumen zugeleitet. Die erste Bespritzung erfolge am besten im Frühjahr vor dem Austreiben in einer Mischung von 1½ Kilo Kupfervitriol und 1½ Kilo Kalkbrühe auf 100 Liter Wasser. Moos und Flechten bilden ebenfalls Schädlinge des Obstbaus. Sie seien namentlich in Taleinschnitten anzutreffen. Als weitere Krankheit besonders beim Steinobst sei zu erwähnen die Monilia, eine Pilzkrankheit, deren Bekämpfung durch mechanisches Abschneiden und Spritzen mit Kupfervitriol geschehe. An tierischen Schädlingen nannte Redner den Apfelblütenstecher, die Obstmade, den Borkenkäfer, die Blutlaus und Schildläuse verschiedener Art. Zu ihrer Bekämpfung diene kräftiges Spritzen mit Kalkmilch, auch Obstbaumkarbolineum leiste gute Dienste. Ein besonders gefährlicher tierischer Schädling sei der Frostnachtspanner. Es gebe Gegenden, wo vollständiger Kahlfraß entstand. Seine Bekämpfung erfolge dadurch, daß man an einem Wendepunkt in der Entwicklung dieses Lebewesens ansetze. Das Weibchen könne nämlich nicht fliegen, sondern nur kriechen. Es muß an dem Baum hinaufkriechen, wo es seine Eier, bis zu 250, legt, aus welchen dann die Räupchen entstehen. Leimringe und Leimgurten seien erprobte Bekämpfungsmittel; sie müssen rechtzeitig angelegt werden, am besten im Laufe des Oktober. Spritzen mit Uraniagrün, am besten mit der Holderschen Spritze, sei ebenfalls zu empfehlen, jedoch sei eine gewisse Vorsicht zu beachten. Neben diesen Feinden des Obstbaus gebe es auch Freunde desselben. Als solche seien zu nennen die Florfliege, die Schlupfwespe und das Marienkäferchen, welch letzteres sich von Blutläusen nähre. Die Schlupfwespe rücke besonders der Raupe des Kohlweißlings auf den Leib und solle deshalb nicht getötet werden. Von weiteren freundlichen Insekten sei die Biene zu nennen, die uns nicht nur den Honig bringe, sondern im Zusammenhang mit dem Obstbau die Fremdbestäubung der Blüten fördere. Von Beerenobst erwähnte Redner Johannis- und Stachelbeeren, die nicht viel Platz einnehmen und frisch wie als Saft und eingemacht recht gut schmecken. Johannisbeersträucher seien am ertragreichsten zwei-, drei- und vierjährig, an älterem Holze werden die Früchte kleiner und nicht mehr so vollkommen und wohlschmeckend. Aelteres Holz soll deshalb herausgeschnitten werden. Mit dem Hinweis auf den Wert einer guten und reichlichen Düngung, die ein

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Baum besonders widerstandsfähig werde, schloß der Redner seine wertvollen Ausführungen, denen sich der Vorsitzende mit Worten des Dankes anschloß und seinerseits Wahrnehmungen aus der Praxis mitteilte, auch Sorgfalt bei der Pflücke empfahl und vor dem Herunterschlagen von Fruchtknospen warnte, weil dadurch schon ein Teil des nächstjährigen Ertrages vernichtet werde. Er gab weiter dem Wunsche Ausdruck, daß ein Bezirksbaumwart im Hauptamt angestellt werde, wodurch der Obstbau im Bezirk zweifellos eine weitere Förderung erfahre. Eine Aussprache, in welcher Fragen und Antworten wechselten, bildete den Schluß des Abends. Dienstag vormittag fand im Beisein des städt. Baumwarts und des Bezirks- und Ortsgruppenvorstandes eine Durchsicht des ganzen Baumbestandes auf den Bürgergrundstücken obere und untere Junkeräcker und Ziegelrain statt, wobei zur Verbesserung und Hebung des Bestandes von dem Sachverständigen wertvolle Ratschläge gegeben wurden.

Neuenbürg, 9. Febr. (Vorsicht.) Allenthalben tauchen wieder Reisende auf, die in aufdringlicher Weise photographische Vergrößerungen zu einem lächerlich geringen Preise anbieten. Nicht selten erhält dann der Besteller nach einiger Zeit ein rohes, vollständig wertloses Bild mit der Aufforderung, es ausmalen zu lassen. Der Preis für diese minderwertigen Erzeugnisse stellt sich dann höher als der, den man beim einheimischen Photographen für eine erstklassige Qualitätsarbeit bezahlt. Deshalb Vorsicht!

Neuenbürg, 10. Febr. (Reißt keine Weidenkätzchen ab!) Die Bienen benötigen zur Aufzucht der jungen Brut des Blütenstaubes. Im späteren Frühjahr, wenn die Obstbäume blühen und der Ahorn golden prunkt, ist er reichlich vorhanden. Jetzt aber sind es fast nur die Kätzchen der Weiden (Palmen), die ihn spenden. Sie blühen ja auch, wenn die Sonne das Bienenleben erweckt, und die jungen Tierchen erbrütet und gefüttert werden, die später die Befruchtung der Kulturgewächse vornehmen sollen. Fehlt Blütenstaub jetzt, fehlen die Bienen später! Deshalb: Reißt keine Weidenkätzchen ab! Reißt sie nicht in unbescheidenen Mengen ab! Ein oder zwei Stengel tragen schon den Frühling ins Haus. Das andere laßt stehen.

(Wetterbericht.) Ozeanische Luftströmungen sind für die Wetterlage immer noch maßgebend. Für Donnerstag und Freitag ist deshalb auch weiterhin unbeständiges, zeitweise bedecktes, aber wenig regnerisches und ziemlich mildes Wetter zu erwarten.

Hösen a. d. E., 9. Febr. Am Sonntag abend fand im vollbesetzten Ochsensaal ein Gemeindeabend statt unter Mitwirkung des Kirchenchors und des Jungfrauenvereins. „Edle deutsche Kunst" sollte in Bild und Lied vorgeführt werden im Gegensatz zu der so faden, unechten „Kunst" in fremdländischen Melodien und schlechten Bildern, die leider noch so vielfach unserem Volk gefallen. In 50 Lichtbildern nach Ludwig Richter ging der ganze Jahreslauf an uns vorüber. Zu den gemütvollen, anheimelnden Bildern paßten so recht die einfachen und doch so tief zum Herzen sprechenden echt deutschen Volkslieder, die vom Kirchenchor und Jungfrauenverein im Wechsel vorgetragen wurden („Aus der Jugendzeit", „So sei gegrüßt viel tausendmal", „Im schönsten Wiesengrunde", „Ach du klarblauer Himmel", „O Täler weit", „Wie ist doch die Erde so schön", „Glück auf, du schönes Schwabenland", „Gute Nacht", „Spinne, Mägdlein, spinne", „Durchs Wiesetal", „Juchhei Blümlein", „Ein getreues Herze wissen" u. a.). In die Einzelgesänge, die Frau Pfarrer Gundert auf dem Klavier begleitete, teilten sich Herr Hauptlehrer Schaich („Es zogen zwei rüst'ge Gesellen", „Es ist ein Schnitter, der heißt Tod", „Wohlauf noch getrunken") und Frl. Lisel Gundert („Drei Kön'ge wandern", „All' mein' Gedanken", „So wahr die Sonne scheinet" — Duett). Eine hübsche Abwechslung waren die Gedichte von M. Claudius, Storm, Reinick und W. Müller, die von jungen Mädchen zu einzelnen Bildern gesprochen wurden. Einen innerlichst befriedigenden Ausklang fand die stimmungsvolle Feier in dem gemeinsam gesungenen alten Kreuzfahrerlied „Schönster Herr Jesu", das mit dem abschließenden Bild „Christnacht" uns die tiefste Quelle der wahren Freude zeigte.

Oberlengenhardt, 8. Febr. Für die Kirchengemeinderatswahl wurden folgende Kandidaten vorgeschlagen: Schultheiß Stahl, Gemeindepfleger a. D. Stahl, Johannes Rezer, Johannes Stahl, Johannes Waidelich, Christian Kirn, Johannes Reutschler, Gottlieb Baier, Michael Kraft, Georgs Sohn.

Grober Schwindel. Die evang. Pressekorrespondenz schreibt: Durch die Post wird zurzeit in eine Anzahl württembergischer Häuser eine Reklamedrucksache des Bücherversandhauses Lux, Dresden-Cotta, versandt, in der ein Buch „Räderwerk der Weltenschicksalsuhr" als das interessanteste Buch der Gegenwart angepriesen wird. Es enthalte Prophezeiungen für die Jahre 1924 bis 1927 und habe schon im ganzen Jahr 1924 durch die prompt eintreffenden Vorhersagen ungeheueres Aufsehen erregt. Einige der „eingetroffenen Vorhersagen" werden ausdrücklich genannt, das andere wird züchtig verschwiegen. Die Vorhersagen für die kommenden Jahre treiben in nicht zu überbietender Weise Schindluder mit den nationalen Hoffnungen des deutschen Volkes. Der Verlag scheint mit seinem Machwerk bisher gut verdient zu haben; die 12. Auflage sei soeben erschienen. Der Mißbrauch unseres nationalen Elends zu Zwecken der Geldmacherei verdient es, auch an dieser Stelle niedriger gehängt zu werden.

Württemberg.

Laupheim, 10. Febr. (Gift statt Arznei.) Im benachbarten bayerischen Vöhringen wurde die Familie des Fabrikarbeiters Johann Amann von einem furchtbaren Schicksalsschlag betroffen. Der Vater wurde nachts von einem quälenden Leibschmerz befallen und wollte zur Linderung Tropfen nehmen. In der Dunkelheit griff er zur Lysolflasche, trank und war in kurzer Zeit eine Leiche.

Manzell, OM. Tettnang, 10. Febr. (Eine edle Tat.) Vor 14 Tagen lag im Karl-Olga-Krankenhaus in Friedrichshafen ein Mann aus Friedrichshafen auf den Tod erkrankt darnieder. Er hatte nur noch wenige Tage zu leben, denn es fehlte ihm an Blut. Nur eine Transfusion, eine Uebertragung des Blutes von einem gesunden Menschen auf ihn konnte ihn noch retten. Da erinnerte sich der operierende Arzt eines ihm bekannten Herrn hier, der sehr viel und gesundes Blut besitzt. Er telephonierte ihm, schilderte ihm die Verhältnisse und fragte ihn, ob er nicht bereit wäre, dem Schwerkranken von seinem gesunden Blute abzugeben. Der Herr war, trotzdem er den Kranken noch nie gesehen hat, ihn gar nicht kennt, sofort bereit dazu. Des andern Tages wird eine Spritze voll Blut vom Gesunden auf den Kranken übertragen, um zu erproben, ob die beiden Blutarten sich miteinander vertragen, was nicht immer der Fall ist. Die Probe gelang und am folgenden Tag begann die Operation. Jedem der beiden Herren wurde eine Blutader geöffnet. Dann wurde eine Spritze Blut nach der andern dem Gesunden abgezapft und dem Kranken eingespritzt. So dauerte die Operation zwei Stunden, bis der Kranke ein Liter neues Blut erhalten hatte. Dann fühlte er sich so wohl wie noch nie.

Baden.

Pforzheim, 10. Febr. Der Schlichtungsausschuß hat in seiner gestrigen Sitzung einen Schiedsspruch gefällt, der eine

der Arbeitgeberverband in der Verhandlung erklärt hat, keine Erhöhung der Mindestlöhne bewilligen zu können, ist mit der Ablehnung des Schiedsspruchs zu rechnen.

Pforzheim, 10. Febr. In letzter Zeit wurde wieder ein hiesiger Bursche, der nachts nach 11 Uhr den Fußweg durch den Wald von Huchenfeld nach Pforzheim passierte, von zwei Burschen im Alter von 20 bis 25 Jahren unter Vorhalt eines Revolvers mit den Worten angefallen: „Hände hoch, Geld her". Einer der Burschen raubte dann dem Ueberfallenen eine Geldmappe.

Konstanz, 10. Febr. In der Papierfabrik im Wehr wurde unter Altpapier ein männlicher Schädel gefunden, und zwar der obere Teil, sodaß die Oberlippe, Nase, Auge und Ohren noch so gut genug erhalten sind, um die Persönlichkeit zu erkennen. Auch die Kopfhaare sind noch vorhanden. Es dürfte sich um einen Mann in den 40er Jahren handeln. Da von einer Konstanzer Altwarenhandlung altes Papier an die Fabrik geliefert wurde, ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß sich das Schädelstück darunter befunden hat. Es dürfte sich um den Schädel eines Mannes handeln, der seit Mitte September v. J. vermißt ist.

Oberwihl (Amt Waldshut), 10. Febr. Der Landwirt Wilhelm Lüttin versetzte seinem Vater vier Messerstiche in Kopf und Leib und verletzte ihn schwer. Ein Anlaß zur Tat lag nicht vor. Der Täter war bis Ende letzten Jahres in der Irrenanstalt in Illenau untergebracht, wo er wieder als geheilt entlassen worden war. Lüttin verhielt sich zu Hause ruhig und scheint nun plötzlich wieder irrsinnig geworden zu sein. Der Unglückliche wurde ins Krankenhaus Waldshut eingeliefert.

Hornberg, 10. Febr. Im Fournierraum der Möbelfabrik brach Feuer aus, das durch leicht entzündbare Stoffe genährt wurde. Infolge der leichten Bauart des Gebäudes griff das Feuer mit rasender Schnelligkeit um sich und in kurzer Zeit war die ganze Fabrikationsanlage in Asche gelegt. Nur unter den größten Anstrengungen gelang es der Feuerwehr, die benachbarten Gebäude vor einem Uebergreifen des Brandes zu schützen. Die Entstehungsursache ist noch nicht aufgeklärt. Der Inhaber der Firma, Fabrikant Heim, erleidet beträchtlichen Schaden. Auch die Beschädigungen an den Nachbarhäusern sind erheblich. Durch das Brandunglück wurden 40 Arbeiter brotlos.

Meersburg, 10. Febr. Die hier herrschende Wassernot, die sich besonders in warmen Jahren sehr unangenehm bemerkbar machte, soll jetzt durch die Anlage eines Seepumpwerks beseitigt werden. Der Bürgerausschuß hat der entsprechenden Vorlage, die einen Kostenaufwand von 40 000 Mark vorsieht, zugestimmt.

Mannheim, 10. Febr. Der seit einem Jahr verheiratete, 54 Jahre alte Tüncher und Lackierer Johannes Mut aus Neckarau hat bei einer Auseinandersetzung mit der 22jährigen Frieda Erhardt aus Neckarau, zu der er seit längerer Zeit ein Verhältnis unterhielt, mehrere Stiche in die Halsschlagader beigebracht, die den sofortigen Tod zur Folge hatten. Ueber das Motiv der Tat war Näheres noch nicht zu ermitteln.

Vermischtes

15 Jahre unschuldig im Zuchthaus. Die weitere Ermittlung im Falle Denke in Münsterberg hat zu der Aufklärung eines Mädchenmordes vom 21. Dezember 1909 geführt. Eine 23jährige Arbeiterin Emma Sander ist damals zerstückelt an verschiedenen Plätzen in der Umgebung von Münsterberg aufgefunden worden. In dem einen Bein war vom Schienbein bis zu den Zehen ein fünf Zentimeter breiter Hautstreifen herausgeschnitten. Damals wurde das nicht beachtet. Heute weist dieses Merkmal auf Denke hin, der aus der Haut seiner Opfer Riemen verfertigt hat. Der Verdacht fiel auf einen Fleischer Trautmann. Er wurde seinerzeit in neuntägiger Schwurgerichtsverhandlung, zu der 200 Zeugen und neun Sachverständige geladen waren, auf Grund eines umfangreichen Indizienbeweises zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Er hat die Tat stets geleugnet. Erst jetzt, nachdem er die Strafe abgebüßt hat, stellt sich heraus, daß Denke der Mörder war, der in seiner Mordliste, die über 30 Personen männlichen und weiblichen Geschlechts enthielt, auch den Mord von 1909 ausführte.

Ein schlimmer Druckfehler. In einer Missionsdruckerei, in der neben der Tageszeitung gleichzeitig ein Kochbuch gesetzt wurde, kam durch Versehen des Metteurs ein Teil eines Kuchenrezepts in den Missionsbericht eines Kongomissionars. Durch diese fatale Verwechslung erhielt der Bericht folgenden Wortlaut: „Die Missionäre berichten, daß das Missionswerk einen sehr guten Fortgang nimmt. Seit drei Jahren haben sie bereits im Innern Afrikas festen Fuß gefaßt, und selbst bis zu den großen Negerstämmen am Aequator drangen einige Patres vor. Ihr Augenmerk richteten sie hauptsächlich darauf, kleine Negerkinder zu taufen. Die beste und leichteste Art, sie recht weich zu machen, ist, man schlägt sie so lange, bis das Fleisch ganz mürbe und zart geworden ist; dann schüttet man Fleischbrühe und etwas Pfeffer darüber, legt sie in eine Bratpfanne und läßt sie langsam schmoren; dann werden sie in kleine Stückchen geschnitten und durch ein Sieb getrieben. Darauf kocht man sie noch einmal zwei bis drei Stunden bei mäßigem Feuer. Mit Gottes Gnade werden einmal aus ihnen brauchbare Christen heranblühen, die ihrerseits wieder andere gewinnen und erziehen helfen."

Vom Mord freigesprochen. Die polnische Schauspielerin Ominska, die ihren hoffnungslos kranken Bräutigam erschossen hatte, um ihm die Leiden zu ersparen, wurde vom Schwurgericht in Paris freigesprochen.

Große Unterschlagungen bei den Kopenhagener Fordfabriken. Aus Kopenhagen wird gemeldet: Der Kamerer der Fordfabriken Moe ist nach Unterschlagungen in Höhe von 3,000 Kronen flüchtig geworden. Er wurde in Malmö verhaftet. Auch ein weiterer Kamrer der Gesellschaft wurde wegen Veruntreuungen in Haft genommen. Die Höhe der unterschlagenen Summe steht noch nicht fest, doch handelt es sich um bedeutende Beträge. Man spricht von rund 100 000 Kronen.

Das Kind im Koffer. Ueber eine romantische Kindesaussetzung in einem Dörfchen in der Nähe von Ferrara wird Mailänder Blättern folgendes berichtet: Vor einigen Tagen erschien dort ein elegantes Auto mit einer Dame und einem Herrn und hielt vor einem Bauernhause. Der Chauffeur stieg aus dem Wagen, setzte einen eleganten Handkoffer am Straßenrand nieder, stieg dann wieder ein, und das Auto fuhr eilig davon. Neugierig eilten die Bewohner des Dörfchens herbei und öffneten den Koffer. Zu ihrem Erstaunen fanden sie darin ein neugeborenes Kind, ein Kuvert mit 18 000 Lire und einem Zettel auf dem stand „Macht euch keine Sorge für die Zukunft, ihr werdet ständig unterstützt werden." Das Kind wurde der Obhut einer in dem Hause wohnenden jungen Mutter anvertraut. Die Polizei sucht nunmehr das Geheimnis dieser Kindesaussetzung zu ergründen.

Das Armband im Schweinemagen. Aus Budapest wird folgender Fall der sich in einem dortigen Gasthause ereignete, gemeldet. Der Gutsbesitzer Benyogsky kehrte mit seiner Frau zum Mittagessen in einem Gasthause in der Franzstadt ein. Als die Frau sich auf einige Minuten entfernte, bemerkte sie nach ihrer Rückkehr das Fehlen ihres Armbandes, das einen Wert von 50 Millionen repräsentierte. Als trotz ihres Suchens dasselbe nicht gefunden werden konnte, wollte man schon die Angestellten [illegible] daß irgendein Gast bei

herumlaufendes Schwein einen glänzenden Gegenstand verschluckt habe. Das Schwein wurde geschlachtet, und man fand in seinem Magen das wertvolle Armband.

Ein Riesen-Insertionsauftrag. Das Blatt „Daily Expreß" teilt mit, daß es mit dem bekannten Warenhaus Johann Barkers in Kensington einen Insertionsvertrag abgeschlossen hat, der einen Rekord für derartige Transaktionen zwischen einer Firma und einer Zeitung darstellt. John Barkers hat die ganze dritte Seite des „Daily Expreß" für ein ganzes Jahr gemietet. Mit Abrechnung der Sonn- und Feiertage erscheint das Blatt 312mal im Jahr und der Vertrag bezieht sich daher auf 2168 Spalten oder mehr als 260 Quadratkilometer Flächenraum. Sir Sidney Skinner, der Direktor der Firma Barkers und ihrer Filialen, sagte nach dem Abschluß des Vertrages: Bloß durch Inserieren sind wir groß geworden und wir haben uns immer an das Prinzip gehalten: Wenn ein Geschäft die Unkosten des Inserierens nicht verträgt, dann inseriere man selber um das Geschäft zu verkaufen.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 10. Febr. Dem Dienstagmarkt am Vieh- u. Schlachthof waren zugeführt: 74 Ochsen (unverkauft 14), 18 (12) Bullen, 212 Jungbullen, 150 Jungrinder, 95 (4) Kühe, 615 Kälber, 870 Schweine, 14 Schafe. Erlös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen 1. 44—48 (letzter Markt 44—47), 2. 34—41 (unv.), 3. 29—32 (28—31), Bullen 1. 43—46 (unv.), 2. 38—41 (unv.), 3. 32—37 (unv.), Jungrinder 1. 51—55 (51—54), 2. 41—47 (unv.), 3. 32—38 (unv.), Kühe 1. 31—39 (unv.), 2. 17.—28 (unv.), 3. 12—16 (unv.), Kälber 1. 71 bis 73 (70—72), 2. 65—69 (63—68), 3. 55—62 (54—60), Schafe 1. 68—70 (unv.), 2. 48—60 (unv.), Schweine 1. 71—73 (unv.), 2. 66 bis 69 (68—70), 3. 62—64 (64—67), Sauen 52—64 (54—62) Mark. Verlauf des Marktes: mäßig belebt.

Leonberg, 10. Febr. (Pferdemarkt.) Auf dem heutigen Pferdemarkt, dem etwa 1200 Pferde zugeführt waren, kosteten schwere Arbeitspferde 3000 Mark das Paar, während Pferde mittleren und leichteren Schlags um 1000—1400 Mark abgingen. 5—6jährige Stuten wurden bis zu 4500 Mark angeboten. Leichte Rassepferde fanden Absatz bis zu 2200 Mark, während solche um 2400 Mark keinen Absatz fanden. Gute Bauernpferde kosteten 800—1200 Mark.

Pforzheim, 9. Febr. (Schlachtviehmarkt.) Auftrieb: 21 Ochsen (unv. 4), 9 Kühe, 19 Rinder (2), 9 Farren, 279 Schweine (18). Marktverlauf: mittelmäßig. — Preise für ein Pfund Lebendgewicht: Ochsen 1. 46—48, Rinder 1. 48—52, Ochsen und Rinder 2. 38—42, Kühe 25—42, Farren 30—46, Kälber und Schweine 70—73. — Die Preise gelten für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über den Stallpreis erheben.

Pforzheim, 9. Febr. (Wochenmarktbericht.) Die Beschickung der Märkte mit Grüngemüse genügt der Nachfrage. Der Samstagmarkt war mit einheimischem und ausländischem Gemüse außerordentlich stark beliefert. Die Kartoffel-Zufuhr ist der Nachfrage entsprechend. Tafelobst wurde in großen Mengen auf den Markt geworfen, teilweise wurden Aepfel zu 8 Pfg das Pfund ausgewogen. Das Angebot von Butter und Eiern ist überaus günstig. Geflügel wurde wenig angeboten. Der Seefischverkauf war etwas lebhafter. Die Absatzmöglichkeit war am Samstag durch die ungünstige Witterung gehemmt.

Neueste Nachrichten

München, 9. Febr. Im Haushaltsausschuß des bayerischen Landtags teilte heute der Minister des Innern mit, daß während der Separatistenherrschaft in der Pfalz 37 Personen durch die Besatzungstruppen und 22 Personen durch die Separatisten getötet und insgesamt 206 Personen verletzt worden sind.

München, 10. Febr. In Vorarlberg hat sich ein neues Lawinenunglück ereignet. Die beiden Brüder Gavenesch wurden von einer Lawine in die Tiefe gerissen, wobei der eine getötet, der andere schwer verletzt wurde. Im Appbachtal wurde der Münchner Ingenieur Link tot aus einer Lawine gezogen. Seine Frau kam mit schweren Verletzungen davon.

Köln, 10. Februar. Nach sechstägiger Verhandlung vor dem britischen Kriegsgericht wurde der englische Soldat Wrigth, der am 22. Dez. 1924 seine frühere Geliebte Maria Stoßiak aus Köln-Mülheim und den schottischen Korporal Whitwhan, den er in ihrer Gesellschaft traf, durch Revolverschüsse getötet hatte, des Mordes für schuldig befunden. Das Urteil wird verkündet werden, sobald es vom Oberkommandierenden der britischen Rheinarmee genehmigt ist.

Dresden, 10. Febr. Nach längerer Debatte nahm der Landtag einen Antrag der Deutschen Volkspartei an und setzte einen 11gliedrigen Untersuchungsausschuß ein, der auch über den Antrag der Kommunisten betreffend die Angelegenheit Grodnauer verhandeln soll. Sodann wurde noch der deutschnationale Antrag betr. die Aufhebung der neuen sächsischen Feiertage am 1. 5. und 9. 11. entsprechend dem Bericht des Rechtsausschusses mit 47 Stimmen der Linken gegen 43 der bürgerlichen Parteien abgelehnt, worauf sich das Haus bis zum 17. 2. vertagte.

Leipzig, 10. Februar. Wegen Verrates militärischer Geheimnisse und Spionage wurde der frühere Polizeibeamte Richard Lepiorz aus Kattowitz in Oberschlesien von dem vierten Strafsenat des Reichsgerichts zu fünf Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. Ein Jahr der erlittenen Untersuchungshaft wird auf die Strafe angerechnet.

Leipzig, 10. Febr. Im weiteren Verlaufe des Tschehaprozesses verlangt der Verteidiger Ablehnung des gesamten Staatsgerichtshofes und des Vorsitzenden Niedner. Der Reichsanwalt sprach sich dagegen aus. Das Gericht wies schließlich den Antrag gegen Dr. Niedner als unbegründet, denjenigen gegen den Gerichtshof als unzulässig zurück.

Berlin, 10. Februar. Die Reichseisenbahnverwaltung beabsichtigt, Informationen der Blätter zufolge, in absehbarer Zeit auf Aufstellung ihrer Fahrpläne die 24 Stundenrechnung einzuführen. (Hat die Reichseisenbahnverwaltung keine dringendere Geschäfte zu erledigen? Schriftl.)

Berlin, 10. Febr. Bei der Stichwahl des preußischen Landtagspräsidenten wurden abgegeben 441 Karten. Davon waren 14 ungültig und 4 weiße Stimmzettel. Auf den Abgeordneten Bartels (Soz.) entfielen 215, auf den Abg. von Kries (Dn.) 182 Stimmen. Der Abgeordnete Bartels ist hiermit endgültig zum Landtagspräsidenten gewählt. Dann erfolgte durch Zuruf die Wahl der Vizepräsidenten. Erster Vizepräsident wurde Abg. von Kries (deutschn.), zweiter Porsch (Zentr.), dritter Garnich (d. V.P.)

Berlin, 10. Febr. Heute wurde von dem niederländischen Konsulat in Berlin dem Julius Jeddhe Barmat in Berlin amtlich mitgeteilt, daß die seinerzeit von ihm als Gebühr für seine beantragte Nationalisierung als Holländer hinterlegten Geldbeträge wieder zu seiner Verfügung ständen, nachdem sein Nationalisierungsgesuch früher abgewiesen worden sei.

London, 10. Febr. In offiziellen Kreisen wird betont, daß gemäß der Politik der britischen Regierung die Frage von Deutschlands Ausführung der Entwaffnungsbestimmungen und die Frage der Räumung der Kölner Zone durchaus ohne Zusammenhang sei mit der allgemeinen Frage der französischen Sicherheit. Weiter habe auch Großbritannien nicht die Absicht, die Frage der französischen Sicherheit mit einer Regelung der französischen Schulden zu verquicken.

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 10. Febr. Der Landtag setzte heute nachmittag die Etatsberatung bei den Kapiteln 55 und 56 (Höhere Schulen) fort. In der Debatte spielte die Frage der Grundschule und des Uebertritts begabter Kinder aus ihr in die höhere Schule schon nach drei Jahren eine erhebliche Rolle. Bemerkenswert waren auch die Befürchtungen für das Gymnasium infolge der neuen Lehrpläne und der Tatsache, daß das Französische am

Gymnasium nur noch [illegible]
wigsburg haben sich be[illegible]
nasium und 170 für [illegible]
Abstimmung wurde be[illegible]
bei allen Schulgattung[illegible]
zu machen, angenomme[illegible]
der Höchstzahlen in de[illegible]
stundenzahl, Vermehru[illegible]
ziehung unständiger L[illegible]
auch künftig besonder[illegible]
Grundschulbesuch den [illegible]
ten. Ein Antrag Dr. [illegible]
jährigen Grundschule [illegible]
wurde mit 38 gegen 7 [illegible]
men. Auch den übrige[illegible]
wurde zugestimmt. S[illegible]
dungsanstalten) über, [illegible]
nete, daß die veränder[illegible]
Jahr 1933 an einen jä[illegible]
lionen erfordern werd[illegible]
Finanzminister angeb[illegible]
seinen Vorschlag, die F[illegible]
zur Besprechung zu u[illegible]
ger wies auf die Folge[illegible]
höhere Gruppen bezüg[illegible]
Das gäbe eine Umwäl[illegible]
Finanzlage des Staate[illegible]
dem Staatsbankerott [illegible]
wurde angeregt, die F[illegible]
tung des Jahres 1925 [illegible]
(Soz.) und Dr. Hieber [illegible]
Fortsetzung der Berat[illegible]

Der Besuch d[illegible]

Zu dem Besuche d[illegible]
gart schreibt der „S[illegible]
Reichskanzler in der [illegible]
men und begrüßen es[illegible]
antritt sich nach dem [illegible]
in seinem neuen Amte[illegible]
gen zu nehmen. Dr. [illegible]
Mauern Stuttgarts. [illegible]
aus Anlaß der Versa[illegible]
Stuttgart kam; damal[illegible]
gen dieser Tagung. [illegible]
liche Würde, mit der [illegible]
eintrückenden Franzosen[illegible]
weilte er hier als Er[illegible]
im Kabinett Cuno. [illegible]
Eigenschaften, unter de[illegible]
Einsicht in die Notwe[illegible]
sind, weiter geführt in [illegible]
auf diesem Posten, au[illegible]
lungen mit den Allier[illegible]
Finanzverhältnisse Ei[illegible]
die tief eingreifen in [illegible]
seinen Mann gestellt. [illegible]
der neue Reichskanzler [illegible]
zu Mitarbeitern gew[illegible]
ungeklärter Zeitverhäl[illegible]
um den sich eine feste [illegible]
pieren möge.

Aufhebung des[illegible]

München, 10. Feb[illegible]
zeitung" meldet: „In [illegible]
Landtag eine Vorlage [illegible]
sich mit der Aufhebung [illegible]
faßt. Es sollen insbe[illegible]
Verordnungen, die bei [illegible]
missariats erlassen wo[illegible]
Standrecht und Streik[illegible]
lediglich die Vorschrifte[illegible]
die kommunistische Ag[illegible]
hoben werden die Part[illegible]
Arbeiterpartei, als auch [illegible]
der zugelassen. Das B[illegible]
eingeschränkt bleiben, [illegible]
Himmel verboten blei[illegible]
nen Räumen sind nicht [illegible]
müssen die Plakate, au[illegible]
zei zur Genehmigung [illegible]
gültig die Verbote der [illegible]
verständlich erfolgt dies[illegible]
programms, welches S[illegible]
ablehnt.

Der [illegible]

München, 10. Feb[illegible]
München begab sich [illegible]
tung des Ministerprä[illegible]
ten in Berlin Dr. v. [illegible]
wo die Vorstellung s[illegible]
erfolgte. Ministerprä[illegible]
dem Wunsche Ausdruck [illegible]
deutsche Volk aus der [illegible]
hinüberzuführen. De[illegible]
rung, daß er in einer [illegible]
aller lebendigen Kräfte[illegible]
die bevorstehenden sch[illegible]
gab sich der Kanzler in [illegible]
des Innenministers in [illegible]
präsident in Anwesen[illegible]
Landtagspräsidiums be[illegible]
men hieß, in der er de[illegible]
politischen Rechte der [illegible]
außenpolitischer Bezie[illegible]
Reichskabinett alles a[illegible]
Frieden und zur Freih[illegible]
in seiner Erwiderung [illegible]
arbeit der Regierung [illegible]
Volk und Vaterland i[illegible]
Empfang des Landtag[illegible]
der Münchner und de[illegible]
kanzler im Sitzungssa[illegible]
dem Hauptschriftleiter [illegible]
kanzler das Vertrauen [illegible]
Luther betonte in sei[illegible]
engen Zusammenarbei[illegible]
setzung hierfür sei gege[illegible]
begab sich der Reichska[illegible]
Empfang durch die b[illegible]
Dr. Küfner und die V[illegible]
präsentationssaale statt[illegible]
heute nachmittag bei S[illegible]
Präsidenten des evgl. [illegible]
um ihnen seinen Besuc[illegible]

Berlin, 10. Febr. [illegible]
heutigen Sitzung des [illegible]

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

zenden Gegenstand ver-
eichschlachtet, und man fand
band.
as Blatt „Daily Expreß"
Warenhaus Johann Ber-
ertrag abgeschlossen hat,
nsaktionen zwischen einer
John Barkers hat die
ß" für ein ganzes Jahr
- und Feiertage erscheint
Vertrag bezieht sich daher
Quadratkilometer Flächen-
ektor der Firma Barkers
Abschluß des Vertrages:
geworden und wir haben
: Wenn ein Geschäft die
ägt, dann inseriere man

erkehr.

markt am Vieh- u. Schlacht-
hauft 14), 18 (12) Bullen,
4) Kühe, 615 Kälber, 870
tr. Lebendgewicht: Ochsen 1.
(unv.), 3. 29—32 (28—31),
), 3. 32—37 (unv.), Jung-
to.), 3. 32—38 (unv.), Kühe
12—16 (unv.), Kälber 1. 71
55—62 (54—60), Schafe 1.
eine 1. 71—73 (unv.), 2. 66
uen 52—64 (54—62) Mark.

Auf dem heutigen Pferde-
waren, kosteten schwere Ar-
hrend Pferde mittleren und
ark abgingen. 5-6jährige
geboten. Leichte Rassepferde
end solche um 2400 Mark
e kosteten 800—1200 Mark.
markt.) Auftrieb: 21 Ochsen
Fatten, 279 Schweine (18).
r ein Pfund Lebendgewicht:
chsen und Rinder 2. 38—42,
d Schweine 70—73. — Die
Tiere und schließen sämtliche
cht, Markt- und Verkaufs-
n Gewichtsverlust ein, müssen
rheben.
tbericht.) Die Beschickung
Nachfrage. Der Samstag-
ländischem Gemüse außer-
Zufuhr ist der Nachfrage ent-
Mengen auf den Markt ge-
Pfg das Pfund ausgewogen.
überaus günstig. Geflügel
erkauf war etwas lebhafter.
durch die ungünstige Witte-

richten

itzausschuß des bayerischen
Innern mit, daß während
37 Personen durch die Be-
die Separatisten getötet und
sind.
hat sich ein neues Lawinen-
bayenesch wurden von einer
eine getötet, der andere schwer
der Münchner Ingenieur Link
frau kam mit schweren Ver-

gger Verhandlung vor dem
sche Soldat Weigth, der am
ria Stafiak aus Köln-Mül-
itwhan, den er in ihrer Ge-
ötet hatte, des Mordes für
ündet werden, sobald es vom
inarmee genehmigt ist.
Debatte nahm der Landtag
an und setzte einen 11 gliedr-
ch über den Antrag der Rom-
Gradnauer verhandeln soll.
e Antrag betr. die Aufhebung
und 9. 11. entsprechend dem
timmen der Linken gegen 43
rauf sich das Haus bis zum

eates militärischer Geheimnisse
elbeamte Richard Lepiorz aus
rten Strafsenat des Reichsge-
ünf Jahren Ehrenrechtsverlust
rsuchungshaft wird auf die

Verlaufe des Tschekaprozesses
gesamten Staatsgerichtshofes
chsanwalt sprach sich dagegen
n Antrag gegen Dr. Riedner
n Gerichtshof als unzulässig

rnbahnverwaltung beabsichtigt,
absehbarer Zeit auf Ausstellung
nung einzuführen. (Hat die
ndere Geschäfte zu erledigen?

wahl des preußischen Landtags-
arten. Davon waren 14 un-
f den Abgeordneten Bartels
n Kries (Dn.) 182 Stimmen,
endgültig zum Landtagspräsi-
Zuruf die Wahl der Vize-
de Abg. von Kries (deutschn.),
(d. V.P.)
on dem niederländischen Kon-
armat in Berlin amtlich mit-
s Gebühr für seine beantragte
legten Geldbeträge wieder zu
Nationalisierungsgesuch früher

Kreisen wird betont, daß ge-
ng die Frage von Deutschlands
nungen und die Frage der
ohne Zusammenhang sei mit
n Sicherheit. Weiter habe auch
Frage der französischen Sicher-
en Schulden zu verquicken.

r Landtag.

dtag setzte heute nachmittag
56 und 56 (Höhere Schulen)
Frage der Grundschule und
as ihr in die höhere Schule
liche Rolle. Bemerkenswert
das Gymnasium infolge der
, daß das Französische am

Gymnasium nur noch fakultativ gegeben werden soll. In Ludwigsburg haben sich beispielsweise nur 6 Schüler für das Gymnasium und 170 für die Oberrealschule angemeldet. Bei der Abstimmung wurde der Ausschußantrag, die Abbaumaßnahmen bei allen Schulgattungen so bald als irgend möglich rückgängig zu machen, angenommen, ebenso der Antrag auf Verminderung der Höchstzahlen in den Schulklassen, Herabsetzung der Pflichtstundenzahl, Vermehrung der Lehrstellen und stärkere Heranziehung unständiger Lehrkräfte, ferner der Ausschußantrag, auch künftig besonders begabten Schülern nach dreijährigem Grundschulbesuch den Uebertritt in die höhere Schule zu gestatten. Ein Antrag Dr. Hieber hiezu, wonach dabei an der vierjährigen Grundschule grundsätzlich festgehalten werden soll, wurde mit 38 gegen 7 Stimmen bei 19 Enthaltungen angenommen. Auch den übrigen Ausschußanträgen zu diesen Kapiteln wurde zugestimmt. Sodann ging man zum Kap. 57 (Lehrerbildungsanstalten) über, wobei der Abg. Heymann (Soz.) berechnete, daß die veränderte Einstufung der Volksschullehrer vom Jahr 1923 an einen jährlichen Mehraufwand von nur 1,3 Millionen erfordern werde und nicht von 8 Millionen, wie der Finanzminister angebe. Staatspräsident Bazille rechtfertigte seinen Vorschlag, die Frage der Lehrerbildung der Oeffentlichkeit zur Besprechung zu unterbreiten und Finanzminister Dehlinger wies auf die Folgen hin, die die Einstufung der Lehrer in höhere Gruppen bezüglich der übrigen Beamten haben müßte. Das gäbe eine Umwälzung des ganzen Besoldungssystems. Die Finanzlage des Staates sei außerordentlich ernst. Man müsse dem Staatsbankerott vorbeugen. Von dem Abg. Bolz (Ztr.) wurde angeregt, die Frage der Lehrerbildung bis zur Etatberatung des Jahres 1925 zu verschieben, was bei den Abgg. Wlüger (Soz.) und Dr. Hieber (Dem.) auf Widerspruch stieß. Morgen Fortsetzung der Beratung.

Der Besuch des Reichskanzlers in Stuttgart.

Zu dem Besuche des Reichskanzlers Dr. Luther in Stuttgart schreibt der „Staatsanzeiger" u. a.: Wir heißen den Reichskanzler in der schwäbischen Hauptstadt herzlich willkommen und begrüßen es, daß er so kurze Zeit nach seinem Amtsantritt sich nach dem Süden des Reiches aufgemacht hat, um in seinem neuen Amte Fühlung mit den süddeutschen Regierungen zu nehmen. Dr. Luther weilt nicht zum erstenmal in den Mauern Stuttgarts. Er stand noch im Kommunaldienst, als er aus Anlaß der Versammlung des Deutschen Städtetages nach Stuttgart kam; damals schon eine der markantesten Erscheinungen dieser Tagung. Volkstümlich wurde er durch die männliche Würde, mit der er als Oberbürgermeister von Essen den einrückenden Franzosen entgegengetreten war. Das zweitemal weilte er hier als Ernährungs- und Landwirtschaftsminister im Kabinett Cuno. Unterdessen haben ihn seine erprobten Eigenschaften, unter denen seine zielbewußte Energie, seine reife Einsicht in die Notwendigkeiten einer Zeit nicht die geringsten sind, weiter geführt in das Amt des Reichsfinanzministers. Auch auf diesem Posten, auf dem er in den langwierigen Verhandlungen mit den Alliierten und bei der Regelung der deutschen Finanzverhältnisse Entschlüsse zu fassen und vertreten hatte, die tief eingreifen in das Wirtschaftsleben des Reiches, hat er seinen Mann gestellt. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß der neue Reichskanzler zusammen mit den Männern, die er sich zu Mitarbeitern gewählt hat, in den vielfältigen Wirren noch ungeklärter Zeitverhältnisse den ruhenden Pol darstellen wird, um den sich eine feste und gesicherte Ordnung der Dinge gruppieren möge.

Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern.

München, 10. Febr. Die „München-Augsburger Abendzeitung" meldet: In wenigen Tagen wird dem bayerischen Landtag eine Vorlage der bayerischen Regierung zugehen, die sich mit der Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern befaßt. Es sollen insbesondere außer Kraft gesetzt werden die Verordnungen, die bei der Errichtung des Generalstaatskommissariats erlassen worden sind und die sich aus Schutzhaft, Standrecht und Streikrecht beziehen. Bestehen bleiben sollen lediglich die Vorschriften zum Schutze der Jugend, die sich gegen die kommunistische Agitation in den Schulen richten. Aufgehoben werden die Parteiverbote. Sowohl die Nationalsozialiste Arbeiterpartei, als auch die Kommunistische Partei werden wieder zugelassen. Das Versammlungsrecht wird lediglich insofern eingeschränkt bleiben, als alle Versammlungen unter freiem Himmel verboten bleiben. Die Versammlungen in geschlossenen Räumen sind nicht mehr genehmigungspflichtig, wohl aber müssen die Plakate, auf denen sie angekündigt werden, der Polizei zur Genehmigung vorgelegt werden. Aufgehoben sind endgültig die Verbote der Organisationen und Verbände. Selbstverständlich erfolgt diese Aufhebung im Rahmen des Koalitionsprogramms, welches Verbände mit Waffenbesitz von vornherein ablehnt.

Der Kanzler in München.

München, 10. Febr. Unmittelbar nach seiner Ankunft in München begab sich der Reichskanzler Dr. Luther in Begleitung des Ministerpräsidenten Held und des bayerischen Gesandten in Berlin Dr. v. Preger in das Ministerium des Aeußern, wo die Vorstellung sämtlicher Staatsminister und Staatsräte erfolgte. Ministerpräsident Dr. Held gab in einer Ansprache dem Wunsche Ausdruck, daß es dem Kanzler gelingen möge, das deutsche Volk aus der schweren Zeit in eine bessere Zukunft hinüberzuführen. Der Reichskanzler betonte in seiner Erwiderung, daß er in einer ernsten und sachlichen Zusammenarbeit aller lebendigen Kräfte des Reiches die beste Gewähr dafür sehe, die bevorstehenden schweren Aufgaben zu lösen. Darauf begab sich der Kanzler in Begleitung des Ministerpräsidenten und des Innenministers in das Landtagsgebäude, wo der Landtagspräsident in Anwesenheit der Fraktionsvorsitzenden und des Landtagspräsidiums den Kanzler mit einer Ansprache willkommen hieß, in der er dem Wunsche Ausdruck gab, daß die staatspolitischen Rechte der Länder gewahrt werden möchten. In außenpolitischer Beziehung erwarte der Landtag, daß das Reichskabinett alles aufbieten möge um das deutsche Volk zum Frieden und zur Freiheit zu führen. Der Reichskanzler gedachte in seiner Erwiderung der Bedeutung einer engen Zusammenarbeit der Regierung mit den Volksvertretungen, um dem Volk und Vaterland in seiner Gesamtheit zu dienen. An den Empfang des Landtags schloß sich ein Empfang der Vertreter der Münchner und der auswärtigen Presse durch den Reichskanzler im Sitzungssaal der ehemaligen Kammer Reichsräte, bei dem Hauptschriftleiter Scharre namens der Presse dem Reichskanzler das Vertrauen der Presse versicherte. Reichskanzler Dr. Luther betonte in seiner Erwiderung die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit von Regierung und Presse. Voraussetzung hiefür sei gegenseitiges Vertrauen. Vom Landtag aus begab sich der Reichskanzler in das Münchener Rathaus, wo ein Empfang durch die beiden Oberbürgermeister Scharnagel und Dr. Küfner und die Vertreter der Stadtratsfraktionen im Repräsentationssaale stattfand. Der Reichskanzler Dr. Luther ist heute nachmittag bei Sr. Eminenz Dr. Faulhaber und bei dem Präsidenten des evgl. Kirchenregiments, Dr. Veit, vorgefahren, um ihnen seinen Besuch abzustatten.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 10. Febr. Vor Eintritt in die Tagesordnung der heutigen Sitzung des Reichstags nimmt Abg. Becker-Hessen (D. V.P.) das Wort zu einer längeren Erklärung, in der er die Angriffe des „Berliner Tageblatts" im Zusammenhang mit Krediten, die in der Zeit des passiven Widerstands deutschen Wirtschaftsverbänden gegeben worden sind, zurückweist. Einer Bitte des Abg. Dr. Wirth (Ztr.), ebenfalls eine Erklärung abgeben zu dürfen, kann heute nicht stattgegeben werden, da eine solche Erklärung zuerst dem Präsidenten eingereicht werden muß. Nach Eintritt in die Tagesordnung nimmt das Haus zunächst eine Reihe von Anträgen auf Einstellung von Strafverfahren gegen einzelne Abgeordnete entsprechend den Ausschußbeschlüssen an und verabschiedet dann endgültig den Gesetzentwurf über die Fortgewährung der Meistbegünstigung an die Tschechoslowakei. Die Einzelberatung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums wird hierauf fortgesetzt und zwar bei dem Abschnitt „Tarifverträge und Lohnwesen". Abg. Frau Behm (Dn.) fordert die baldige Vorlegung des Heimarbeiterlohngesetzes und Frau Abg. Sender (Soz.) wünscht die Zuziehung von Arbeitnehmervertretern bei den Handelsvertragsverhandlungen und beantragt die Bewilligung von Mitteln für die Heranbildung von Arbeitern in Wirtschaftsfragen in einer Arbeiterakademie. Da die Abstimmung über die Frage der Ausschußüberweisung eines sozialdemokratischen Antrags auf Bewilligung von 20 000 Mark für die Arbeiterakademie in Frankfurt a. M. zweifelhaft bleibt, muß eine Auszählung der Stimmen erfolgen, die ergibt, daß 189 Stimmen für und 94 gegen die Verweisung an den Hauptausschuß sind. Es folgt die Besprechung des Abschnitts „Wohnungs- und Siedlungswesen" und zwar zunächst des Wohnungswesens. Hierüber entspinnt sich eine ausgedehnte Debatte. Während die Redner der bürgerlichen Parteien für einen allmählichen und planmäßigen Abbau der Wohnungszwangswirtschaft eintreten, verlangen die Redner der Linken deren Beibehaltung. Nachdem der Vertreter des Reichsfinanzministeriums erklärt hat, daß die Regierung bestrebt sein werde, auf eine Einheitlichkeit der Mietsätze in den Ländern hinzuwirken, wird die Weiterberatung auf Mittwoch nachmittag 2 Uhr vertagt.

Die Steuerreformpläne im Reich.

Berlin, 10. Febr. Der Reichstagsausschuß für Steuerfragen nahm von Staatssekretär Dr. Popitz eine Erklärung über die Steuerreformpläne der Reichsregierung entgegen. Der Staatssekretär teilte mit, daß die Steuergesetzentwürfe das Kabinett in den letzten Tagen beschäftigt hätten und heute dem Reichstag zugegangen seien. Dabei handle es sich allerdings nur um die rein materiellen Steuergesetzesentwürfe. In seinen ausführlichen Darlegungen sprach der Staatssekretär auch über das Aufwertungsproblem. Er betonte, daß es unter keinen Umständen anginge, das Problem der Aufwertung völlig von dem der Einnahmen zu lösen, es werde vielmehr notwendig sein, erst abzuwarten, bis man vollständig übersehen könne, welche Einnahmen zur Verfügung ständen, welche Belastungsmöglichkeit für die deutsche Volkswirtschaft noch vorhanden sei. Erst dann werde es möglich sein, über die Aufwertungsfrage vollkommen und endgültig zu entscheiden.

Marx preußischer Ministerpräsident.

Berlin, 10. Febr. Bei der Wahl zum preußischen Ministerpräsidenten wurden 444 gültige Stimmen abgegeben. Es erhielten Marx 219 Stimmen, Finanzminister a. D. von Richter 153, Körner (Nat.-Soz.) 11, Pieck (Komm.) 43, von Kampe 1, Ladendorff (Wirtsch.-P.) 16. Da keiner die Hälfte der abgegebenen Stimmen erreicht hat, erfolgt Stichwahl zwischen Marx und von Richter. Bei der Stichwahl wurden abgegeben 445 Stimmen. Davon erhielten Marx 223, Herr von Richter 162. Ungültig waren 43, unbeschrieben 17 Stimmen. Damit ist Marx zum Ministerpräsidenten gewählt.

Höfles Verhaftung.

Berlin, 10. Febr. Das Verhängnis hat also seinen Gang genommen. Der frühere Reichspostminister Dr. Höfle ist, vierundzwanzig Stunden, nachdem er sein Mandat niedergelegt hatte, von der Staatsanwaltschaft verhaftet worden. Das war eine eigentlich selbstverständliche Folge. Höfle hat zwar gebeten, von seiner Verhaftung Abstand zu nehmen, weil er nicht die Absicht habe, sich der Verantwortung für das, was er getan habe, zu entziehen. Aber darauf konnte die Staatsanwaltschaft nicht gut Rücksicht nehmen. Die Schärfe des Gesetzes muß sich gleicherweise gegen alle richten, und die Gefahr der Verdunkelung besteht immer noch, besteht so lange, bis der Zusammenhang, der die Finanzoperation des Reichspostministers Dr. Höfle mit den Banken zweifelhafter Güte verbindet, vollkommen geklärt ist.

Kutisker in Konkurs.

Berlin, 10. Febr. Laut „Täglicher Rundschau" hat das Amtsgericht Charlottenburg den Konkurs über das Kutiskersche Vermögen eröffnet. Die angemeldeten Forderungen belaufen sich auf rund 30 Millionen Mark, sodaß, wie das Blatt erklärt, mit dem Verlust der Kredite der preußischen Staatsbank gerechnet werden müsse. Die erste Gläubigerversammlung soll noch in diesem Monat stattfinden.

Kommunistische Umsturzpläne an der Wasserkante.

In Mecklenburg-Strelitz haben, wie dem „Berliner Tageblatt" von dort gemeldet wird, auf Anordnung des Untersuchungsrichters beim Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik bei zahlreichen Kommunisten Haussuchungen stattgefunden. Dabei ist sehr viel belastendes Material gefunden worden, aus dem sich ergibt, daß in den Gebieten an der Wasserkante von kommunistischer Seite ein umfangreicher Aufstand vorbereitet werden sollte, für den Eisenbahnattentate und sonstige Anschläge auf das Leben der unbeteiligten Bevölkerung den Auftakt gebildet hätten. Die Zuständigen in den Landesministerien sind aber auf dem Posten gewesen und so gelang es rechtzeitig, der Gefahr zu begegnen. Nach den Mitteilungen des „Berliner Tageblatts" sind auch viele Verhaftungen vorgenommen worden. Man hat die Verhafteten aber vorläufig wieder auf freien Fuß gesetzt, da eine Verdunkelungsgefahr angeblich nicht mehr befürchtet wird.

Strafantrag im Hamburger Kommunistenprozeß.

Hamburg, 10. Febr. Im Hamburger Kommunistenprozeß stellte heute Staatsanwalt Dr. Reuter den Antrag, den Angeklagten Urbahns wegen vollendeten Hochverrats zu 15 Jahren Festungshaft, den Angeklagten Frehde wegen des gleichen Vergehens zu 12 Jahren Festungshaft zu verurteilen. Wegen Beihilfe zum Hochverrat beantragte Staatsanwalt Dr. Reuter gegen den Angeklagten Jensen 6, gegen Schaible und Rühl je 5 und gegen Esser 2 Jahre Festungshaft, gegen Kühl außerdem wegen verbotenen Waffenbesitzes 150 Mark Geldstrafe. Staatsanwalt Gerrit beantragte gegen Köppen wegen Beihilfe zum Hochverrat und wegen Vergehens gegen die Verordnung des Reichspräsidenten vom 27. Dezember 1923 12 Jahre Festungshaft und gegen Levi wegen Beihilfe zum Hochverrat 11 Jahre Festungshaft. Die Verhandlung wurde darauf auf Mittwoch vertagt.

Die Wahrheit über die Ausbeutung der Ruhr.

„Oeuvre" stellt in einem Artikel die Wahrheit über die Ruhr fest, daß nämlich die Kohlenausfuhr während der Besetzung hinter den offiziellen Zahlen zurückgeblieben sei. (!) Zum Vergleich führt das Blatt folgende Zahlen an: 1920 erhielten Frankreich und Luxemburg von Deutschland an Kohlenlieferungen 12 557 300 Tonnen; 1921 12 315 300 Tonnen; 1922 trotz des von Poincaré erwähnten Fehlbetrags 11 521 300 — und 1923, als Frankreich die Ausbeutung der Ruhr in die Hand genommen hatte 4 262 000 Tonnen.

Muttermörderin aus Liebe zum Tanz. „Nein, Dorothea, du wirst das Tanzvergnügen nicht mitmachen. Es schickt sich für ein sechzehnjähriges Mädchen nicht, unbegleitet ein Tanzlokal zu besuchen. Da du keinen Bruder hast, der dich begleiten kann und ich auch nicht mitgehen kann, mußt du eben zu Hause bleiben." — „Aber Mama!" — „Nein, nein, die Sache ist erledigt, du wirst nicht gehen." Dieses Zwiegespräch entspann sich kürzlich zwischen Frau Ellingston und ihrer Tochter Dorothea in dem Salon ihres Hauses in San Francisko. Dorothea lief wütend aus dem Zimmer, während sich Frau Ellingston an den Kamin setzte und zu lesen begann. Sie war so in ihre Lektüre vertieft, daß sie nicht hörte, wie die Tür hinter ihrem Rücken aufging und wie die Tochter, deren Schritte der Teppich dämpfte, leise heranschlich. Plötzlich fielen drei Schüsse, und die Frau Ellingston sank leblos in den Stuhl zurück. Das junge Mädchen aber ging ruhig, als wäre nichts geschehen, in ihr Zimmer, machte dort sorgfältig Toilette und ging auf den Ball. Niemals hatten sie ihre Bekannten so lustig gesehen wie an jenem Abend. Als der Tag heraufdämmerte, bat sie zwei ihrer Kavaliere, sie nach Hause zu begleiten, und als sie vor ihrer Haustüre anlangten, lud sie die beiden Herren ein, bei ihr noch eine Erfrischung einzunehmen. Sie bat sie, im Eßzimmer Platz zu nehmen, und ließ sie einen Augenblick allein. Dieses Alleinsein benutzte einer der jungen Leute, die Tür zum Nebenzimmer zu öffnen und einen neugierigen Blick in den Salon zu werfen. Mit einem Schrei fuhr er zurück. Er hatte im Dämmerlicht des anbrechenden Morgens in den Kissen die blutüberströmte Leiche Frau Ellingstons gesehen. Man holte die Polizei, und Dorothea legte sofort ein Geständnis ab. „Ja, ich habe sie getötet!" rief sie schluchzend. „Mama war so streng zu mir; sie wollte nicht, daß ich auf den Ball gehe, obwohl sie wußte, wie ich die Jazzmusik liebe." Der Vater der jungen Mörderin, der von seiner Frau getrennt lebt, weigert sich, für die Tochter einen Verteidiger zu nehmen. „Man soll sie nur ruhig hängen", erklärte er. „Ich habe hundertmal versucht, sie auf den rechten Weg zu bringen, aber es war alles vergebens. Man soll sie nur hängen, sie verdient nichts Besseres."

Neue Bestellungen

auf den täglich erscheinenden „Gutztäler" werden fortwährend von allen Postanstalten, Agenturen und unseren Austrägern entgegengenommen.

Baugenehmigungen.

Die Behandlung von Bausachen in verschiedenen Gemeinden des Bezirks gibt Veranlassung, auf die Einhaltung der Bestimmungen der Bauordnung und der Vollz.-Verfg. hiezu nachdrücklich hinzuweisen. Bauausführungen vor Erteilung der erforderlichen Genehmigung durch die Baupolizeibehörden sind ungesetzlich und mit allen Mitteln (vergl. § 367 Ziff. 15 St.G.B. und Art. 120 B.O. zu verhindern. Strafbar ist jeweils nicht nur der Bauherr, sondern auch Baumeister und Bauhandwerker. Durch rechtzeitige Einreichung ordnungsmäßiger Baupläne kann eine Verzögerung des Beginnes der Bauarbeiten vermieden werden.

Die örtlichen **Baupolizeibehörden** werden angewiesen, für ordnungsmäßige und unverzügliche Erledigung der Baugesuche sowie für Durchführung der erteilten Bauvorschriften Sorge zu tragen und in Anstandsfällen geeignete Maßnahmen zu treffen. Auch werden dieselben hiemit auf den Erlaß des Ministeriums des Innern vom 22. 12. 1924 (M.A.Bl. S. 331) betr. Anfertigung von Lageplänen usw. noch besonders hingewiesen.

Neuenbürg, den 9. Februar 1925. **Oberamt.**
Lempp.

Finanzamt Neuenbürg.

Vermögenssteuer 1925.

Die Steuerpflichtigen, die für 1924 einen Steuerbescheid erhalten haben, werden darauf hingewiesen, daß am **15. Februar 1925** als Vorauszahlung für 1925 ein Viertel der Steuer für 1924 fällig ist (zu vergl. A. III des Steuerbescheids).

Neuenbürg, den 9. Februar 1925.

Mengold.

Treuhandbüro

Otto Sowald, Neuenbürg

Windhof (letztes Haus an der Engelsbrander-Straße).

Hypotheken-Gelder

zu 1¼% per Monat, auf nur prima Anwesen, als 1. Hypothek, Beleihung 20% **der Vorkriegsschätzung.**

Finanzierungen. Beteiligungen.

Discrete Erledigung aller Treuhandgeschäfte.

Die Bettwanze samt Brut,

Ratten, Mäuse, Käfer, Grillen, Milben, sowie Motten

aus **Leder-Klubmöbel, Teppichen etc.** beseitigt durch rationelle Verfahren unbedingt sicher, **Bettfedern** reinigt mustergültig die allgemein bekannte und eingeführte

Desinfektionsanstalt A. & K. Helfer,

Pforzheim, Güter-Straße 21, Fernsprecher 1923.

Radikaler Erfolg! Billige Preise!

Kostenvoranschlag auf Wunsch

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Landesversicherungsanstalt Württemberg.

Bekanntmachung

betr. Ausstellung u. Umtausch der Quittungskarten.

Es ist Veranlassung gegeben, auf Nachstehendes hinzuweisen:

1) Die Ausstellung und der Umtausch der Quittungskarten hat durch die Ortsbehörden für die Arbeiter- und Angestelltenversicherung des jeweiligen Beschäftigungsorts des Versicherten zu erfolgen. Mit Beitragsmarken gefüllte Quittungskarten sind daher bei der Ortsbehörde einzureichen, wo die alte Karte aufgerechnet und eine neue ausgestellt wird.

2) Die von den Ortsbehörden für die Arbeiter- und Angestellten-Versicherung umgetauschten Quittungskarten sind vierteljährlich und zwar auf 31. März, 30. Juni, 30. September und 31. Dezember jeden Jahres gezählt an das Versicherungsamt einzusenden, welches sie sodann gesammelt an die Kartei der Landesversicherungsanstalt weiterleitet. Die unmittelbare Vorlage der Quittungskarten durch die Ortsbehörden an die Landesversicherungsanstalt ist nicht angängig.

3) Die Arbeitgeber haben den Versicherten beim Austritt aus der Beschäftigung ihre Quittungskarten stets auszufolgen; eine Zurückbehaltung wider den Willen der Versicherten ist nach § 1425 der RVO. unzulässig und wird gemäß § 1490 Ziff 5 der RVO. mit Geldstrafe bis zu 1000 R. M. oder mit Haft bestraft. Die von den Versicherten versehentlich zurückgelassenen Quittungskarten sind von den Arbeitgebern der Ortsbehörde für die Arbeiter- und Angestelltenversicherung zu übergeben.

Bezirks-Krieger-Verband
Neuenbürg.

Anläßlich des Besuchs unseres neuen Präsidenten des Württ. Kriegerbundes, General-Leutnant a. D. **Dr. von Maur**, Exz., in **Neuenbürg** am **Sonntag, den 15. Februar** lade ich die Kameraden des Bezirks-Kriegerverbandes zur Teilnahme höflichst ein. Aufstellung der Vereine **1 Uhr** mittags beim „Schiff". Aufmarsch auf den Marktplatz und Vorstellung vor dem Herrn Bundespräsidenten.

Anschließend

kameradschaftliches Zusammensein

im „Bären" mit Musik- und Gesangsvorträgen. Orden und Ehrenzeichen bitte ich anzulegen.

W. Schur, Bezirks-Obmann.

Grunbach—Waldrennach.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Samstag, den 14. Februar 1925,

stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus z. „Sonne" in Waldrennach

freundlichst einzuladen, mit der Bitte dies als persönliche Einladung annehmen zu wollen.

Emil Merkle. **Frida Fauth.**

Kirchgang 1 Uhr in Neuenbürg.

Dankschreiben.

Hiermit bestätige ich, vom Verlag der **„Illustrierten Hauszeitung"**, Luzern, beim Tod meiner Ehefrau **Rosina Kö**[illegible] den Betrag von

Frs. 3500.— (dreitausendfünfhundert Schweizerfranken)

erhalten zu haben. Meine Frau bestieg am 17 Januar den Heuboden, um Futter herunter zu schaffen. Bei dieser Arbeit [illegible] König ausgerutscht und fiel etwa fünf Meter auf den Scheunenboden hinunter. Durch diesen Fall erlitt Frau Kö[illegible] einen Schädel-, Rippen- und Beinbruch, an dessen Folgen die Frau am 17. Januar gestorben ist.

Trotzdem meine Frau erst fünf Wochen Abonnentin der „Illustrierten Hauszeitung" war, wurde mir die Versicherungssumme im Betrage von Frs. 3500.— sofort und anstandslos ausbezahlt.

Es liegt mir sehr daran, dieses Versicherungsblatt als [illegible] **und gutes Unternehmen** in allen Kreisen zum Abonnement auf das **wärmste zu empfehlen**

Lausen a. d. Eyach, den 22. Januar 1925.

Der hinterlassene Gatte: gez. **Julius König.**

Die neueste Auszahlung beweist auf das beste, wie [illegible] unsere Versicherung in den betroffenen Familien [illegible] Täglich passieren neue Unglücksfälle, sei es auf der Straße, im Berufe, auf der Reise 2c. Niemand weiß wann ihn das Unglück überrascht; deshalb sollte **jedermann** sein Abonnement auf unsere Versicherungs-Zeitschrift **seine Angehörigen im voraus sorgen.**

Zur Zeit sind einige Herren im hiesigen Oberamt tätig [illegible] wir, denselben Ihr volles Vertrauen entgegenzubringen.

Verlag der „Illustrierten Hauszeitung" B.

Heute Mittwoch

L.-K. Gemischter Chor.

Damen um 8, Herren um 9 Uhr.
Donnerstag Vollsingstunde.

H. M. „Eintracht".

Neuenbürg.
Eine junge, trächtige

Nutz- und Fahrkuh,

unter zwei die Wahl, setzt dem Verkauf aus

Eduard Wacker,
Turnplatz.

Geschäftshaus

in schönster Lage mit Wohnung, sofort beziehbar, und Hinterhaus an Großkapitalisten

zu verkaufen.

Angebote an die „Enztäler"-Geschäftsstelle.

Anfängerin

auf hies. Kontor gesucht.

Selbstgeschr. Angebote unter A. J. an die „Enztäler"-Geschäftsstelle.

Zu verkaufen:

Ein noch gut erhaltenes **Faß**, 306 Liter haltend, 300 Liter **prima Most, 5 Hühner** und **1 Hahn samt Stall.**

Zu erfragen in der Enztäler-Geschäftsstelle.

Wildbad.
Tüchtiger, zuverlässiger

Pferdeknecht

kann sofort eintreten bei

Wilhelm Schill.

Pfinzweiler.
Eine erstklassige

Nutz- und Fahrkuh

mit dem 2. Kalb ist zu verkaufen. Eventl. auch Tausch gegen andere Kuh.

Haus Nr. 14.

Ich suche auf 1. März

350 bis 400 Mk.

gegen 3 bis 4fache Sicherheit und hohen Zins auf ein Jahr. Näheres durch die „Enztäler"-Geschäftsstelle.

Feldrennach.
Wegen Aufgabe der Geflügelhaltung

1,12 Lege-Hühner

(ital. Goldhals), 1923er Brut, zu verkaufen

E. Höll z. „Ochsen".

Obernhausen.
Eine gute

Nutz und Fahrkuh,

27 Wochen trächtig, 4. Kalb, und ein

Läuferschwein

hat zu verkaufen

Gottfried Schempf.

Fahrrad-Gummi!

Machen Sie einen Versuch!

Viele Aufträge u. Nachbestellungen sind der beste Beweis meiner Leistungsfähigkeit und anerkannt guten Waren.

Fahrradschläuche 90 ₰
extra pr. Qual. 1.10 ℳ
Strapazierdecke 2.95 „
Mantel pr. Qual. 3.50 „
„ extr. pr. Qual. 4.25
Gebirgsdecke pr. 4.50 ℳ
„ extra pr. 5.00 „
Fahrräder 68.00 „
1 Jahr Garantie
Nähmaschinen 98.00 „
10 Jahre Garantie

Ausführl. Katalog geg. Einsendung 10 ₰ in Briefm.

Emil Levy,
Hildesheim 466.

---

400 Mark

bei guter Sicherheit aufzunehmen gesucht. Angebote an die „Enztäler"-Geschäftsstelle erbeten.

Sängervereinigung „Freundschaft"
Neuenbürg.

Samstag, den 14 Februar 1925, abends pünktlich 8 Uhr im **Gasthaus z. „Schwanen"**

Mitglieder-Versammlung,

wozu die aktiven und passiven Mitglieder freundlichst eingeladen sind. Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben. Pünktliches und vollzähliges Erscheinen erwartet.

Der Vorstand.

Scheuern (Gernsbach)—**Enzklösterle.**

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Samstag, den 14. Februar 1925

stattfindenden

Hochzeits-Feier

in das Gasthaus zum „Waldhorn" in Enzklösterle

freundlichst einzuladen, mit der Bitte, dies als persönliche Einladung annehmen zu wollen.

Friedrich Kübler,
Sohn des Karl Kübler, Sägers, in Scheuern (Gernsb.)

Lina Bodenschatz,
Tochter des Robert Bodenschatz, Schreinermeisters in Enzklösterle.

Kirchgang 11 Uhr in Enzklösterle.

Empfehle meine

Strickerei

der Umgebung in Erinnerung. Angefertigt werden

Herren-, Damen- und Kinderwesten, Damen- und Kinder-Unterkleidung, Strümpfe usw.

Adolf Glauner, Arnbach

Daselbst ist umständehalber schöne **Nutz- und Fahrkuh**, hochträchtig, zu verkaufen.

Sozialdemokratischer Verein Engelsbrand.

Sonntag den 15. Februar 1925

Republikan. Kundgebung

unter freundlicher Mitwirkung der umliegenden badischen Ortsgruppen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, der Reichsbannermusik Pforzheim, des Gesangvereins „Liederkranz" Engelsbrand und eines dreifachen Quartetts des Arbeiter-Gesangvereins „Union" Stuttgart-Karlsvorstadt.

Programm:

1. **Mittags 2 Uhr Aufstellung des Festzuges beim Rößle.**
2. **Zug durch den Ort**
3. **Ehrung der Gefallenen beim Kriegerdenkmal.** Ansprache von Herrn Hauptlehrer **Kimmelmann**, Pforzheim sowie von Herrn **Dr. Schumacher** aus Stuttgart.
4. **Die Teilnehmer verteilen sich in die verschied. Lokale.** Daselbst wird über das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold ein Referat gehalten und zwar werden die Herren Landtagsabgeordneten Herr **Dr. Schumacher** und Herr **Oster** aus Stuttgart und Herr Hauptlehrer **Kimmelmann** aus Pforzheim die Referate übernehmen.
5. **Gemütl. Beisammensein in den verschiedenen Lokalen** mit Tanzmusik im Gasthaus z. „Hirsch" und z. „Rößle".

Aenderungen des Programms vorbehalten.

Betr. Adreßbuch f. d. Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Mit dem Abschluß des in Betracht kommenden Materials beschäftigt, bitten wir die Herren **Auftraggeber von Inseraten** um Uebersendung der noch ausstehenden Inseratentexte bis **spätestens Ende dieser Woche.**

Desgleichen wollen noch rückständige **Fragebogen von Vereinen und Beamtungen,** sowie die **Ortsbeschreibungen** bis 15. Februar uns übersandt werden.

Für den weiter in unserem Verlag erscheinenden

Führer für Neuenbürg und Umgebung,

der in vornehmer Ausstattung auf Kunstdruckpapier mit vielen Illustrationen bis auf die Gegenwart und interessantem Textinhalt in Bälde erscheint, bitten wir gleichfalls, die noch **ausstehenden Inseratentexte** uns bis **Ende dieser Woche** zuzusenden.

C. Meeh'sche Buchdruckerei,
Inh.: D. Strom.

3/4 Million Meter Stoffe
versandbereit.

Sechs nachstehende Posten weit unter normalem Preis. Gültig nur kurze Zeit. Bestellen Sie in Ihrem Interesse sofort:

Nr.:	Preise per Meter:	Breite:	M. Pf.
10	**Baumwolltuch**, ungebl., pr., fast unverwüstl.	78 cm	—.67
11	**Baumwolltuch**, ungebleicht, gleich gute, fast unverwüstliche Qualität, jedoch	140 „	1.29
12	**Baumwolltuch**, ungebl., gute solide Sorte	140 „	1.05
13	**Hemdenflanell**, sog. Militärflanell, prima, fast unzerreißbar	74 „	—.68
14	**Weißes Hemdentuch**, ganz vorzügl. Qual., für bessere Wäschestücke geeignet	78 „	—.74
15	**Weißes Hemdentuch**, sehr leichte Sorte	78 „	—.42

Was trotz der Güte und Billigkeit nicht entsprechen sollte, nehme auf meine Kosten retour und bezahle den vollen ausgelegten Betrag zurück. Versand von ℳ 10.— an; ab ℳ 20.— portofrei.

Josef Witt, Fabrikation u. Versand, Weiden 398 (Oberpfalz).

Aeltestes und größtes Spezialgeschäft der Art in Bayern.

Die **„Täglich Rundschau"** vom 2. 2. 25 bringt nachstehende Mitteilung, die, wie wir glauben, heute Tausenden und Abertausenden von Deutschen aus dem Herzen gesprochen und umso beachtenswerter ist, als sie eine baltische, also nicht reichsdeutsche, Stimme wiedergibt.

Deutschnationale Volkspartei
(Württbg. Bürgerpartei).

In einer Reihe von Blättern wird ein Offener Brief unseres Mitarbeiters Dr. Ernst Seraphim in Königsberg an den dem Baltenland entstammenden Professor Dr. Adolf v. Harnack abgedruckt. Nichts habe, so wird darin ausgeführt, die im Reich lebenden Balten seit den Tagen des großen Zusammenbruchs schmerzlicher getroffen als der Brief Harnacks an Ebert, worin die Magdeburger Richter angegriffen worden.

Gewiß, auch viele andere „Intellektuelle" haben sich gemüßigt gesehen, ihre „Entrüstungen" gegen das „richterliche Fehlurteil" zu Ehren des heutigen Reichspräsidenten abzugeben. Aber haben Sie, Herr Professor, denn gar kein Empfinden dafür gehabt, daß gerade Sie nicht in der Reihe dieser Zeitgenossen stehen durften? Sie, den hundert Bande mit dem Mann verknüpften, dessen sogenannter „Nachfolger" Herr Fritz Ebert durch die Novemberrevolution geworden ist, mit Kaiser Wilhelm II.! Ist nicht er es immer wieder gewesen, dessen Huld und Wohlwollen Sie begleitet, der Ihnen Adel und Exzellenztitel verliehen und oft genug in persönlicher Aussprache Ihnen seine Zuneigung zu erkennen gegeben hat? Und sind Sie nicht heute noch Vorsitzender der Gesellschaft, die den Namen unseres letzten Kaisers trägt? Als die Wogen schwarzen Undanks über unser Land gingen, haben manche ihre Stimme für den Gestürzten erhoben — schon damals haben Sie geschwiegen, wo man auch in baltischen Kreisen Sie zu hören hoffte. Aber das mochte hingehen. Nun aber glauben Sie ein Recht zu haben, „mit allen guten Deutschen" (!) dem Reichspräsidenten Ebert Dank zu sagen für „dessen gesamtes vaterländisches Wirken, insbesondere in den Jahren 1918 (!) und 1919", und Sie erklären mit Pathos, „wie dieser Dank heute in Tausenden von Herzen lebt, wird ihn das Urteil der Geschichte für immer besiegeln." Nein, Herr Professor, Sie haben kein Recht, im Namen „aller guten Deutschen" zu danken und zu prophezeien. Wir wollen, daß Treue, die sich mit ehrerbietiger Kritik wohl vereinbaren läßt, kein leerer Wahn wird. Wir verurteilen die Jahre von 1918 und 1919 und arbeiten ohne Unterlaß an der Erneuerung unseres Volkes in Anknüpfung und Fortbildung an unsere große Vergangenheit, die mit den Hohenzollern für immer verbunden ist.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw